

Andreas Gareiben

Fraktionsvorsitzender der SPD Stadtratsfraktion

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2016

am 14.03.2016

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren des Rates,

als in der Ratssitzung am 17.12.2015 vom Bürgermeister der Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 eingebracht wurde, waren wir nach dem ersten Hören der Planzahlen noch einigermaßen zuversichtlich. Sicherlich konnte uns keine kurzfristige Beseitigung des immer wieder auftretenden strukturellen Defizits präsentiert werden, aber die Zahlen waren ein wenig besser, als es die Finanzplanungen der vergangenen Jahre vermuten ließen. Leider wurden wir aber dann alle am Anfang des Jahres von den Entwicklungen im Bereich der Gewerbesteuer überrascht.

Das strukturelle Defizit bereitet uns natürlich große Sorgen! Bis auf die Jahre 2009 und 2013, in denen Jahresüberschüsse erzielt werden konnten, weisen alle übrigen Haushaltsjahre ein Defizit aus, was zum Abschmelzen der Ausgleichsrücklage führt. Dass das für das laufende Jahr prognostizierte Jahresdefizit durch Rückzahlungen im Bereich der Gewerbesteuer und durch weitere unvermeidbare zusätzliche Ausgaben erheblich ansteigt, verschlimmert die Ausgangslage für den Finanzplanungszeitraum erheblich. Das Jahresdefizit verschlechtert sich nun noch von 3,4 Mio. € auf 5,8 Mio. €. Auch in den kommenden Jahren muss mit einem Defizit von durchschnittlich 3,2 Mio. € gerechnet werden. Das hat zur Folge, dass unsere Ausgleichsrücklage im Finanzplanungszeitraum aufgebraucht sein wird. Bereits 2018 werden wir über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügen können, so dass dann die allgemeine Rücklage beansprucht werden muss. Unser Eigenkapital wird im Finanzplanungszeitraum von 2014 bis 2019, also innerhalb von 5 Jahren, um 20 Millionen € von 157 Mio. € auf 137 Mio. € zusammenschrumpfen! Dieser Vermögensverzehr zeigt, dass wir von unserer Substanz leben, also auf Kosten nachfolgender Generationen!

Durch weitere notwendige Investitionen vor allem im Bereich unserer Schulen, wird unser mühsam verringerter Schuldenberg wieder ansteigen. Im Finanzplanungszeitraum bis 2020 wird eine neue Rekordhöhe von über 54 Mio. € erreicht. Zu erinnern sei in diesem Zusammenhang an Vorhaben des Bundes und der Länder ab 2020 die Schuldenbremse wirken zu lassen.

In Anbetracht dieser Zahlen wird es allzu deutlich, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Haushalt der Stadt Kempen wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Hierzu müssen „alle“ beitragen – Verwaltung und Politik, aber auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt!

Umso erfreulicher ist es, dass mit der Einbringung des Haushaltes durch den Bürgermeister auch ein Umdenken eingeleitet wurde, denn nun scheint bei allen handelnden Personen der Wille da zu sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und auch teilweise unangenehme Maßnahmen anpacken zu wollen. Eine Organisationsuntersuchung der Verwaltung ist für einen Verwaltungschef kein einfaches Unterfangen und er ist dabei sicherlich auch auf die Unterstützung der Politik angewiesen. Herr Bürgermeister, hierfür sichere Ich Ihnen heute die Unterstützung der SPD Fraktion zu!

Diese Organisationsuntersuchung wird sich sicherlich nicht nur auf die Verwaltung auswirken. Die mit dieser Untersuchung verbundene Aufgabenkritik wird sicherlich auch dazu führen, dass wir viele als selbstverständlich empfundene Angebote und Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger überdenken und ggfs. auch verändern werden. Denn nur durch eine Reduzierung der Aufgabenfülle einer Verwaltung können wir zu Einsparungen kommen. Dazu müssen wir dann auch zu unseren Entscheidungen stehen und den dann anstehenden Druck aus der Bürgerschaft gemeinsam aushalten.

Bereits in meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2015 habe ich darauf hingewiesen, dass wir durch Schaffung einer hohen Qualität im öffentlichen Bereich - hierzu gibt es auch entsprechende Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt – ein Anspruchsdenken geschaffen haben, dass wir auf Dauer nicht befriedigen werden können und auch angesichts der künftigen Haushaltslage nicht finanzieren werden können. Wir müssen schnellstmöglich entsprechende Entscheidungen treffen, damit eventuelle Einschränkungen für die Verwaltung und die Bürgerschaft nicht zu abrupt kommen werden. Hierbei wird es dann auch wichtig sein, die

Bürgerschaft bei unseren Entscheidungen umfassend zu informieren und wenn möglich zu beteiligen. Die Akzeptanz wird dann größer sein!

Die Erwartungen an die Auswirkungen der Aufgabenkritik sind sicherlich bei uns allen hoch! Aber ein Haushaltsdefizit dieser Größe auszugleichen wird nicht einfach werden und eine Aufgabenkritik verbunden mit der Organisationsuntersuchung wird nicht zu einer wundersamen Geldvermehrung führen. Aber wir müssen dabei im Blick haben, dass auch, sollten es nur kleine Schritte sein, unser Handeln auf lange Sicht zum Erfolg führen muss. Unter der Berücksichtigung der Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt können wir es erreichen, dass unser Handeln zukunftsorientierter wird und sich langfristig auszahlen kann. Wir müssen Konzepte entwickeln, die auf Dauer dafür sorgen, dass sich unsere Haushaltslage verbessert und wir trotzdem effektiv und handlungsfähig bleiben. Hierzu ergeben sich aus dem Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes auch Hinweise und damit werden wir uns in den nächsten Monaten ausgiebig beschäftigen.

Neben der Untersuchung der Aufgaben, der Organisationsuntersuchung der Verwaltung und der kritischen Überprüfung der Einnahmen und Ausgabenseite ist es aber auch wichtig, dass wir alle Prozesse aufmerksam und bedacht begleiten. Fehler, wie bei der Erstellung des Eingangsbereiches am Klosterhof dürfen uns da nicht mehr passieren. Die jetzt noch weiter entstehenden Kosten sind unnötig und belasten unseren Haushalt zusätzlich!

Ich darf hier noch einmal betonen, dass wir Sozialdemokraten bereit sind, bei diesem Konsolidierungsprozess mitzuwirken und wir werden genauso beharrlich und ausdauernd sein, wie unser langjähriges Streben eine Aufgabenkritik verbunden mit einer Organisationsuntersuchung für Kempen zu erreichen.

Ein weiteres lang ersehntes Projekt meiner Fraktion ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Kempen. Die Entwicklung läuft in unserer schönen Stadt aber seit vielen Jahren in eine andere Richtung. Sicherlich ist es für die Außenwirkung schön, wenn man Projekte mit gehobener Ausstattung präsentieren kann. Investoren werden ihr Geld auch in Zukunft lieber in Projekte stecken, mit denen sich viel Geld verdienen lässt. Wir dürfen aber, und das ist unsere Pflicht, nicht die Menschen aus den Augen verlieren, die noch nicht oder nicht mehr über die Mittel verfügen, sich diese gehobene Ausstattung zu leisten.

Befasst man sich mit den Zahlen zum Mietwohnungswesen in Kempen, so stellt man schnell fest, dass die Mietpreise für viele nicht mehr finanzierbar sind. Alleinerziehende, ältere Menschen, Rentner, junge Familien und junge Erwachsene gehören zu diesem Personenkreis. Aber diese Menschen gehören zu unserer Stadt und haben diese vielleicht sogar über viele Jahre geprägt. Wer möchte nicht auch im Alter in der Stadt weiterleben, in der er vielleicht schon viele Jahre während seines Berufslebens gelebt hat. Ebenso ergeht es Berufseinsteigern, die am Beginn Ihres Arbeitslebens nicht direkt über ein so üppiges Einkommen verfügen, um sich das Mietniveau in Kempen leisten zu können. Auf diese jungen Erwachsenen sind wir sicherlich auch in Zukunft angewiesen.

Hinzu kommt auch noch, dass die Anzahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung stetig rückläufig ist. Im Hagelkreuz, auf dem Wartsberg und auch im übrigen Stadtgebiet von Kempen verringert sich die Möglichkeit eine Wohnung mit Wohnberechtigungsschein zu bekommen von Jahr zu Jahr.

Die CDU Fraktion hat mit Datum vom 20.03.2013 einen Antrag gestellt, der sich zum Ziel gesetzt hat, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum in Kempen schaffen zu wollen. Leider haben wir in den letzten drei Jahren sehr wenig über Projekte mit bezahlbarem Wohnraum in Kempen gehört. Das jetzt am Heyerdrink durch die GWG Mietwohnungen geschaffen werden, von denen ein Drittel mit einer Mietpreisbindung verbunden ist, ist ja nicht das Ergebnis langwieriger Planungen und das Bestreben hier im Stadtrat. Vielmehr entsprang dieses Projekt der Tatsache, dass das dort lange geplante dritte Altenheim aus planungsmäßigen Gründen dort nicht errichtet werden konnte!

Es gibt zwar Absichtserklärungen im Baugebiet an der Kreuzkapelle oder im neuen Baugebiet in St.-Hubert an der Mühle die Möglichkeit des Geschosswohnungsbaus anzubieten.

Festgelegt ist dies aber noch nicht! In den ehemaligen Baugebieten an der Vorster Straße hat es diese Möglichkeiten auch gegeben, nur waren die vorgegebenen Bedingung für einen Investor unattraktiv, so dass dann doch kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen wurde. Dabei haben wir als Rat die Möglichkeit diese attraktiven Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gibt auch Möglichkeiten, dass diese Investition sich für einen Investor rechnen. Auch hier biete ich Ihnen unsere Zusammenarbeit an. Lassen Sie uns gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, hier etwas für unsere älteren Mitmenschen, aber auch für junge Menschen mit nicht so hohem Einkommen zu tun.

In diesem Zusammenhang habe ich bewusst das Thema Flüchtlinge nicht erwähnt. Denn die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum darf aber nicht nur im Zusammenhang mit der augenblicklichen Zuwanderung von Flüchtlingen gesehen werden. Die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge ist eine wichtige Aufgabe – aber nicht die einzige, der wir uns heute stellen müssen!

Die Entwicklung beim bezahlbaren Wohnraum haben die Sozialdemokraten in Kempen schon viel länger im Blick. Auch hier werden wir beharrlich am Thema dran bleiben, Denn eins haben wir im Laufe der Jahre gelernt: Auch wenn unsere Vorhaben zunächst nicht realisierbar erschienen, irgendwann kommt das Einsehen bei den anderen handelnden Personen und man erinnert sich dann gerne an unsere Ideen.

Hierbei komme ich auch noch einmal auf unser Langzeitthema Öffentlicher Personennahverkehr zurück. In Kürze steht die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes an. Ich darf dabei noch einmal an unseren Antrag aus dem Jahr 2013 erinnern. Dieser Antrag wurde damals mit der Begründung zurückgestellt, dass die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes zu Anlass genommen werden wird, die im Antrag formulierten Vorschläge zu prüfen und ggfs. mit in den Nahverkehrsplan 2017 aufzunehmen. Hieran möchte ich hiermit rechtzeitig erinnern. Gerne stellen wir allen Interessierten unseren damaligen Antrag nochmals zur Verfügung.

In all diese Überlegungen spielt der gerne verwendete Begriff der Politikverdrossenheit hinein. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind durch vielfältige Medien informierter als in früheren Jahren: Es besteht überall die Möglichkeit an Informationen zu kommen und sich einzubringen. Da erwarten die Menschen unserer Stadt, dass dies auch für die Informationen über Vorhaben und Projekte in ihrer Stadt geschieht, vor allem, wenn Sie direkt betroffen sind. Die von unseren Entscheidungen abhängigen Bürgerinnen und Bürger möchten aber nicht nur vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sie möchten sich einbringen und Ihre Erfahrungen und Ideen vortragen. Manchmal sind Kenntnisse der Menschen vor Ort sehr hilfreich. Im Falle des Eingangsbereiches Klosterhof hätte uns das sicher auch weitergeholfen und somit Ausgaben erspart!

Sicherlich ist die Beteiligung der Bürgerschaft mit Mehrarbeit, die wir ja alle eigentlich vermeiden wollen, verbunden und sicherlich darf die Beteiligung der Bürgerschaft nicht dazu

führen, dem Rat und der Verwaltung Entscheidungen abzunehmen. Eine Beteiligung der Bürgerschaft zum Zeitpunkt der Planung einer Maßnahme führt aber zu mehr Akzeptanz der Vorhaben und Projekte und zur Stärkung der Bindung, der Identifikation und der Bereitschaft zur Mitwirkung insgesamt. Und diese Akzeptanz führt wiederum dazu, dass ein Projekt auch reibungsloser durchzuführen sein wird. Dies führt dann auch zu einer Arbeitsentlastung und somit zu Kosteneinsparungen.

Und genau aus diesem Grund haben wir den Antrag zu mehr Bürgerbeteiligung gestellt, der ja im nächsten Umwelt und Planungsausschuss beraten werden wird. Eigentlich sollte der Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt werden. Denn im Haushalt 2016 befinden sich mehrere Maßnahmen, bei denen wir eine frühzeitige Bürgerbeteiligung für erforderlich halten. Die Straßenbaumaßnahme auf der Bahnstraße in St.-Hubert hat schon vor Jahren für große Aufregung in St.-Hubert geführt. Und erste Reaktionen zeigen, dass diese Baumaßnahme nicht geräuschlos durchgeführt werden wird. Wie gesagt, es geht hierbei nicht darum, den Planern in der Verwaltung Vorschriften zu machen, sondern es sollen Möglichkeiten gefunden werden, um die Arbeit zu erleichtern und die Akzeptanz von Vorhaben und Projekten in unserer Stadt zu steigern.

Ein weiterer Antrag meiner Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen befasst sich mit der Erhöhung der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Dieser Antrag ist auch schon ein Ausfluss aus den Feststellungen aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt und stellt nur einen ersten Schritt zur Konsolidierung des Haushaltes dar. Neben der Anpassung der Grundsteuer A hat die Gemeindeprüfungsanstalt festgestellt, dass auch im Bereich weiterer Einnahmearten eine Anpassung erfolgen soll. So sind die Beiträge für die Erschließung von Baugrundstücken und die Erneuerung und Verbesserung von Gemeindestraßen auch ein Bereich, in dem eine Anpassung erfolgen sollte. Sicherlich darf die Anhebung von Steuern und Beiträgen nicht das alleinige Mittel sein, den Haushalt der Kommune zu sanieren. Dieser Ansatz ist auch nur ein Teil eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Zahlen im Haushalt, der auch im Rahmen der Aufgabenkritik und Organisationsuntersuchung erfolgen wird. Eine Anpassung von Steuern und Abgaben auszuschließen wäre aber unehrlich und auch nicht zielführend.

Wir haben den Antrag zur Grundsteuer A, der Erhöhung der Steuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gestellt, weil der Steuersatz hier in Kempen enorm niedrig ist. Von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen liegen wir hier auf Platz 267. Sicherlich wollen wir hier nicht in die vorderen Plätze aufrücken, aber eine annehmbare Erhöhung sollte da

schon möglich sein. Der Kämmerer hat da schon seine Zustimmung signalisiert, hat aber darum gebeten, die Erhöhung mit dem nächsten Haushalt für 2017 vornehmen zu wollen. Eine Nacherhebung zum 01.01.2016 würde zu einem hohen Verwaltungsaufwand führen und mit den zu erzielenden Einnahmen nicht im Verhältnis stehen. Man muss wissen, dass jede Erhöhung um 10 Punkte für den Kempener Haushalt eine zusätzliche Einnahme von 7.000 € bringt.

Der FDP Fraktion muss ich hier entgegen halten, dass wir mit keinem Wort erwähnt haben, diese Steuererhöhung für die Wirtschaftswege zu verwenden. Die Mehreinnahmen sollen zunächst einmal in den allgemeinen Haushalt fließen. Über die spätere Verwendung entscheiden wir dann als Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017.

Ein weiterer Punkt für unsere Ausdauer und Beharrlich zeigt sich im Bereich der Sanierung der Sportanlagen und Sporthallen. Bereits mit Antrag vom 27. Februar 2009 hat die damalige SPD Fraktion unter Udo Schiefner den Antrag gestellt, einen Zustandsbericht der Sportstätten in Kempen zu erstellen und dem zuständigen Fachausschuss vorzulegen. Es sollte auf Grundlage dieser Feststellungen eine Prioritätenliste zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen unter Hinzuziehung des Stadtsportverbandes und der betroffenen Sportvereine erstellt werden.

Es fand dann auch eine Begehung besonders betroffener Sportanlagen statt, auch des Sportplatzes An Eulen in St.-Hubert.

Passiert ist seither wenig.

Im letzten Jahr fand der Workshop zur Beratung der Sportentwicklungsplanung für die Stadt Kempen statt. Dann kehrten Monate der Ruhe bei diesem Thema ein. Danach erfolgten die schlechten Nachrichten zur unmöglichen Weiterentwicklung der Sportplätze in St.-Hubert. Und danach war es wieder ruhig. Wir wollten die Zeit nicht erneut verstreichen lassen und so haben wir uns entschlossen, den Antrag zur Entwicklung eines Sportparks am Königshütte See zu stellen. Wie ich bereits in der Sitzung des Sportausschusses am 01. März betont habe, möchten wir hier keinesfalls einen Alleingang machen und aus dem Kreis der Teilnehmer am Workshop ausscheren. Wir haben ein großes Interesse daran, diese Entwicklung gemeinsam mit allen Fraktionen, der Verwaltung und den Sportvereinen, aber auch dem Stadtsportverband voranzutreiben. Leider spielt der Stadtsportverband derzeit keine Rolle. Hier werden wir aber alle sicherlich noch gemeinsam korrigierend eingreifen müssen. Auf jeden Fall dient unser Antrag einzig und allein dazu, den Prozess wieder voran zu bringen. Unsere Erfahrung ist wie vorhin beschrieben nicht die Beste.

Was uns am vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2016 besonders gut gefällt sind die Ansätze, die sich mit der Sanierung unserer Schullandschaft beschäftigen. Durch die Einrichtung der Gesamtschule und dem damit verbundenen Auslaufen der Martin Schule und der Realschule haben wir im Sinne der Mehrheit der Eltern reagiert. Der demografische Wandel wird sein Übriges hinzutun. Da wir unseren Kindern eine gut funktionierende und gut ausgestattete Schullandschaft bieten müssen, besteht die Gelegenheit eine zukunftsorientierte Schullandschaft zu schaffen. Das dies mit der Bereitstellung finanzieller Mittel verbunden sein muss, ist uns klar. Aber für eine gut aufgestellte Schullandschaft sind wir gerne bereit, diese Mittel in die Hand zu nehmen.

Der Wunsch des Bürgermeisters nach einem Rathausneubau ist nachvollziehbar. Das Rathaus aus dem Jahr 1967 ist energetisch total veraltet und genügt den Ansprüchen einer modernen Verwaltung überhaupt nicht mehr. Auch das Platzangebot ist nicht mehr ausreichend. Die Gemeindeprüfungsanstalt empfiehlt in ihrem Prüfbericht die Auflösung der Verwaltungsnebenstellen. Dies würde bedeuten, dass an zentraler Stelle noch mehr Platz benötigt wird.

Bei der derzeitigen Haushaltslage und den Aussichten für die nächsten Jahre scheint der Bau eines neuen Rathauses aber nicht finanzierbar. Angesichts des sich nun über viele Jahre aufgebauten Sanierungsstaus bei den städtischen Liegenschaften – dazu gehören auch das Rathaus und die Schulen - ist aber dringend erforderlich darüber nachzudenken, wie man generell mit den städtischen Liegenschaften umgehen will. Eine Konzentration auf wenige städtische Liegenschaften und energetische Modernisierung wird auf lange Sicht gesehen auch zu Einsparungen führen und für eine Entlastung für den städtischen Haushalt sorgen. Diese Überlegungen gehören deshalb in die Gespräche der kommenden Monate hinein und deshalb ist die Planung für ein neues Verwaltungsgebäude nicht von vorne herein zurückzuweisen. Wir sind erst einmal aber sehr damit einverstanden, dass die Modernisierung und energetische Verbesserung unsere Schullandschaft vorgezogen wird.

Großes Unbehagen bereitet uns die Vorgehensweise rund um die Zukunft des Kreisarchivs verbunden mit der Kurkölnischen Landesburg. Wir haben es bereits bei einer Mitgliederversammlung im Januar 2015 sehr deutlich gesagt, dass wir uns unser Stadtarchiv außerhalb der Stadtgrenzen von Kempen nur schwer vorstellen können und deshalb ist die

Auslagerung der wichtigen alten Kempener Archivarien für uns ausgeschlossen. Nach der Verlegung der Kreisverwaltung nach Viersen hat Kempen nach über 160 Jahren den Kreissitz und damit ein wenig an Bedeutung verloren. Damals wurde das Kreisarchiv und Teile der Volkshochschule sowie die Kreisbücherei in Kempen belassen, um wenigstens einen Teil der Kreiseinrichtungen in der ehemaligen Kreisstadt zu behalten. Das ausgerechnet die Freien Demokraten, die sich für die Wiedereinführung des KK Kennzeichens so stark gemacht haben nun eine Verlagerung Ur-Kempener Unterlagen nach Grefrath anstreben, ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar.

In den vergangenen Jahren haben wir den Haushalt und den Stellenplan abgelehnt. Fehlende Jahresabschlüsse, die Höhe der übertragenen Ermächtigungen und die mangelnde Bereitschaft eine Organisationsuntersuchung verbunden mit einer Aufgabenkritik durchzuführen, waren die maßgeblichen Gründe, die wir immer wieder für unsere Ablehnung genannt haben. Inzwischen wurden die Jahresabschlüsse bis zum Jahr 2013 nachgereicht, der Abschluss für das Jahr 2014 ist in Arbeit und für die Ermächtigungsübertragungen konnten wir uns auf eine transparentere Beschlussvorlage verständigen. Es besteht unserer Ansicht nach zwar immer noch eine Diskrepanz zwischen Planen und Handeln, denn auch in diesem Jahr werden Ermächtigungen in Höhe von über 2,7 Millionen € übertragen. Hieran muss noch intensiv gearbeitet werden! Entscheidend ist aber für unsere Entscheidung, dass eine Organisationsuntersuchung eine breite Zustimmung findet. Hierin erwarten wir verbunden mit einer Aufgabenkritik Möglichkeiten zu finden, auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

Meinen Ausführungen ist zu entnehmen, dass sich Beharrlichkeit irgendwann auszahlt. Und aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft beharrlich sein und nicht ungeduldig und enttäuscht sein, wenn unsere Vorhaben nicht umgehend umgesetzt werden.

Aus den vorgenannten Gründen wird meine Fraktion dem Haushaltsentwurf 2016 mit seinen Anlagen – dazu gehört auch der Stellenplan – wenn auch mit Bauchschmerzen zustimmen.

Wir bedanken uns beim Team der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplanes 2016.